

Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen  
SPD-Fraktion  
Fraktion Die Linke  
Maria Tillesen, FDP  
Adrian Krasnitz, Deine Freunde  
Thomas Geffe, Piraten

Herrn Bezirksbürgermeister  
Andreas Hupke

Herrn Bürgeramtsleiter  
Dr. Ulrich Höver

Herrn Oberbürgermeister  
Jürgen Roters

Eingang beim Bezirksbürgermeister: 10.03.2015

**AN/0423/2015**

**Änderungs- bzw. Zusatzantrag gem. § 13 der Geschäftsordnung des Rates**

<b>Gremium</b>	<b>Datum der Sitzung</b>
Bezirksvertretung 1 (Innenstadt)	12.03.2015

**Zu TOP 7.12: Konzept zur Problematik des sog. "aggressiven Bettelns" und der Veränderung in der Obdachlosenszene in der Domumgebung und in der Altstadt**

Sehr geehrte Herren,

wir bitten Sie, folgenden Änderungsantrag zu TOP 7.12 „Konzept des sog. ‚aggressiven Bettelns‘ und der Veränderung in der Obdachlosenszene in der Domumgebung und in der Altstadt“ in die Tagesordnung der Sitzung vom 12.03.2015 aufzunehmen.

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, ein Kolloquium durchzuführen, das sich umfassend mit dem Ist-Zustand der Obdachlosenszene und der bettelnden Menschen im Stadtbezirk I befasst und Lösungsvorschläge erarbeitet, wie die Situation sich im Sinne aller Betroffenen verbessern lässt. An dem Kolloquium sind neben Vertreterinnen und Vertretern aus Politik und Verwaltung u.a. auch externe Sachverständige aus den Bereichen der Sozialarbeit, der Polizei, der Justiz, der Suchtberatung, der Flüchtlingshilfe und der IHK zu beteiligen.

Begründung:

Der Antrag der CDU-Fraktion greift zu kurz und wird der Komplexität des Themas nicht gerecht.

Zunächst einmal scheint die Fokussierung auf die Bereiche Domumgebung und Altstadt nicht sinnvoll, da das zugrunde liegende Problem den gesamten Bereich des Stadtbezirks I betrifft. Ferner werden in dem vorliegenden Antrag Tatsachen postuliert (Zunahme des aggressiven Bettelns, vermehrte Gewaltübergriffe, Veränderungen in der Struktur der Obdachlosenszene), die zwar im Raum stehen, aber nicht durch Fakten untermauert werden. Insofern scheint zunächst eine umfassende Bestandsaufnahme und Analyse der Ist-Situation sowie die Beschreibung eventueller Veränderungen für geboten, um letztlich eine gesicherte Ausgangsbasis für weiter gehende Maßnahmen zu haben.

Auch scheint es wegen der Komplexität des Themas und der hierbei dringend erforderlichen Sensibilität im Umgang mit dieser Problematik geboten, die Lösungsfindung nicht alleine in die Zuständigkeit der Verwaltung zu geben, sondern ein breites Spektrum an Fachleuten aus den verschiedenen für die Thematik relevanten Bereichen, umfassend zu beteiligen.

gez. Antje Kosubek

gez. Dr. Regina Börschel

gez. Peter Löwisch

gez. Maria Tillessen

gez. Adrian Kasnitz

gez. Thomas Geffe